

Der Beamte im Volksstaat.

Aus Beamtenkreisen erhalten wir nachstehende Zuschrift, die sich zur Stellung der Beamten und Lehrer im neuen Staat und zur Streitfrage in beachtenswerter Weise äußert.

Die Redaktion.

In den ersten Wochen und Monaten nach der beginnenden Staatsausmündung entstand in einem großen Teil der deutschen und der einzelstaatlichen Beamten- und Lehrerchaft eine Sorge über ihre künftige wirtschaftliche und amtliche Stellung. Die Gegner des neuen Staates waren mit dieser Sorge sehr gefreut, für die Wahlen aus und verbreiteten allerhand Märchen über die voransichtliche Zukunft der Beamten. Ihre feste Anstellung sollte ebenso sehr in Gefahr sein wie ihre bisher verdienten Ansprüche auf Ausgeglichenheit und Hinterbliebenenversorgung. Wie unvermeidbar solche Auskennungen sind, zeigt der Satz aus der neuen Verfassung des Reiches: In jener Begründung heißt es:

Nach der deutlichen Entwicklung wird auch in Zukunft die Arbeit eines jüdisch geprägten und in seiner Stellung gesetztes Berufsbeamten einzig der politischen Leistung durch die aus Volkswollen hergehenden und auf das Werkzeugen des Volles oder seiner Regierung zu folgenden Organe. Über die Bezeichnung durch Wahl wird sich eben auf diese leidende politische Stellung der einzelnen Gemeinschaften von der Gemeinde bis hinunter zum Sohne in der sozialistisch bestimmt werden. Es ausgedehnter der Wiederaufbau des öffentlichen Gesetzesmachtung ist, desto bedeutender wird dann der Erfolg der Befreiung durch Wahlen. Und zugleich wird damit die Rücksichtsfähigkeit eines eindrucksvoll großen und wichtigen Teiles des Personals der inneren Verwaltung gewahrt.

Damit ist überzeugend bewiesen, daß auch die neue Regierung nicht daran denkt, das Beamtenamt in seiner gegenwärtigen Form zu bestätigen. Das war nicht anders zu erwarten. Götter es doch zu den sozialen Maßnahmen der neuen, am 9. November geschafften Regierung, in einer Handlung die Beamtenfamilie zu ungünstigen Weisungen aufzufordern. Und wenn unsere Rahmenbedingungen, unter Beobachtung, unserer Verwaltung, unserer Dienststellen innen und der Staatsausmündungen ihren richtigen Gang gingen, so ist das der Beamten- und Lehrerfamilie zu danken. Gerade die Kriegszeit hat dem gesamten Volle gezeigt, wie wertvoll die pflichttreue Arbeit dieser Kreise ist. Was vorher gegen den allgemeinen Soldenhaken gehörte: Ein verständnisloses Politikum über ein ausgesuchtes Gesetz, das wurde zu einer Zeit, da man mit Beamten "Klaus" arbeiten mußte, zu einer alltäglichen Erfahrung, und unerträgliche Weise sind damals eingezogen wie der Gesundheit dadurch verloren gegangen. Jede dieser Erfahrungen wird man künftig eine pflichttreue, ehrliche, auverlässliche und gewissenhafte Beamtenfamilie um so höher einschätzen.

Im neuen Staat besteht auch die Beamten- und Lehrerfamilie das Koalitionsrecht uneingeschränkt und damit die Möglichkeit, ihre Interessen besser zu vertreten. Dabei taucht sofort die Frage auf, ob auch diese Kreise in ihrer wirtschaftlichen Selbsthilfe bis zum Streit gehen dürfen. Dieses Machtmittel wird gegenwärtig noch in der Beamten- und Lehrerfamilie abgelehnt, obgleich ihre wirtschaftliche Lage kaum noch größer werden kann. So äußert sich "Die Gemeinschaft", das Organ des neu geschaffenen Deutschen Beamtenbundes:

Die Beamtenorganisation ist kein Instrument, durch das die Stimmungsgrade der Mitglieder Ausdruck finden könnte. Sie ist ein Verhandlungsorgan, das zur Verfügung der Führer stehen muß. Die deutsche Beamtenfamilie genießt auch heute noch den Ruf ruhiger Besonnenheit. Sie wird ihm nicht leicht fertig preisgeben, sie weiß, was nicht nur für sie, sondern auch für das Vaterland auf dem Spiel steht, wenn sie den Boden der Reformen verläßt. Sie würde sich selber den schlechtesten Dienst erweisen, wenn sie jetzt, bedrängt durch die eigene Not, die Menschen verlassen würde, den Weg der freien Arbeiter befürchten sollte. Mit welchem Recht könnten sie fortan die Verteidigung ihrer wohlerworbenen Rechte beforsgen? Sie selber würde sich außerhalb des bisher gewohnten Ortes stellen, und sie würde sich nicht wundern, wenn diejenigen Mächte, die sie am liebsten schon hante aus dieser Stellung verdrängen würden, künftig aus der, wenn auch unter dem Vorzeichen der Verständigung geborenen Handlungswaffe Waffen schwören würden. Waffen, gegen die es eine Verteidigung nicht mehr geben könnte.

Bei der Entscheidung über die Frage des Streitwichtes für die Beamten- und Lehrerfamilien muss man sich vor allem den scharfen Unterschied klar machen zwischen den Beamten und den Beamten in ihrem Verhältnis zum Arbeitgeber. Dort ist es in der Regel ein Privatunternehmer, hier der Staat. Dem ersten gegenüber, der nicht nur auf seinen persönlichen Nutzen bedacht ist, bleibt die Waffe der Arbeitsentziehung das letzte und unter normalen Verhältnissen stets berechtigte Mittel. Kann aber gegen den Staat, dessen Wohl zugleich das Wohl des Ganzen ist, dieselbe Kampfwaffe erlaubt sein? Und dann die Gegenwirkung. Wollen Beamte und Lehrer in ihrem Dienstverhältnis zum Staat die Treue nur bedingen und nur "auf Rücksichtnahme" halten, so wird sich der Staat auch auf diesen Standpunkt stellen und damit den Anspruch seiner Arbeitnehmer auf unbeständige Anstellung und Lohnabfall als unberechtigt zurückweisen müssen. Und schließlich: Ist das alte Dienstverhältnis gegenüber dem neuen Volkstaat weniger unberechtigt als es gegenüber dem alten Obrigkeitstaat aufgebracht war? Das hieße, diesem neuen Staatesgebilde, in dem doch jedem Bürger in erhöhtem Maße sein Recht werden soll, von Anfang an unberechtigtes Misstrauen entgegenbringen. Dazu ist zunächst noch keine Ursache vorhanden.

Eins schickt sich nicht für alle. Die Beamten- und Lehrerfamilie besitzt zwei Mittel, um ihre Forderungen durchzusetzen. Das erste besteht darin, dem Staat durch neue Arbeit zu zeigen, wie wichtig und unersetzbar das Amt und seine Pflichten sind und damit den Nachweis zu führen, wie notwendig eine gerechte Behandlung der Träger dieses Amtes ist. Sobald haben die staatlichen Feststellungen die Pflicht, eine Volksvertretung schaffen zu helfen, die für die Bedeutung der Beamten und Lehrer im Staate wissen das rechte Verständnis besitzt. Verstehen sie es, sich dieser beiden Mittel zu bedienen, so erübrigts sich für sie der Streit von selbst.

Fließende Arbeitsnachweise. In den neuen Richtlinien für Gestaltung der Arbeitsnachweise wird unter anderem empfohlen, in den Betrieben, in denen Arbeitsentlassungen in größeren Umfang stattfinden, im Bereich mit den Arbeitgebern fliegende Arbeitsnachweise einzurichten, die von den Arbeitern und Arbeiterrinnen sofort in Anspruch genommen werden können.

Groß-Berlin

Warum die Straßenbahner weiter streikten.

Wie bekannt, hatten die Straßenbahner nach Aufhebung des Generalstreiks die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ließ durch ihre Angestellten angeben, daß diese weitere Forderungen stellen, in Sozialisierung des gesamten Verkehrswesens, Zahlung der Streitäge, sofortige Zurücknahme der Amtshabung eines Mitgliedes des Arbeiterrates der S. B. St., sofortige Freilegung der aus Anlaß des Streits Verhafteten der gesamten Verkehrsbehörde und sofortige Zurückziehung der die Sicherheit in den Straßen Berlins gefährdenden Regierungstruppen. Wir wissen darauf hin, daß dies zum Teil Forderungen sind, die in das politische Gesetz hineingetragen. Die Direktion hatte aber wohlweislich vorsichtig liegen, daß die Differenzen zwischen ihr und ihren Angestellten auf anderem Gebiete lagen, und daß die mitgeteilten Forderungen zuerst nur einer radikalen Minorität aufgestellt worden waren. Ein Straßenbahnarbeiter teilt uns über die wirklichen Gründe für die Fortsetzung des Straßenbahnerstreiks folgendes mit:

Wir Straßenbahner wollten die Arbeit aufnehmen, wenn die Gesellschaft unsere Forderungen im Sinne eines Pauschalvertrages mit dem vollem Gehalt aufnehmen würde. Dieses wurde gescheitert mit dem Bemerkung: "Sie brauchen dort, wo geschossen wird, nicht hinzugehen". Daraufhin wurde in der nächsten Versammlung beschlossen, die Arbeit nicht früher anzunehmen, als bis die Regierungstruppen in ihre Quartiere zurückgezogen sind. Gleichzeitig wurde beschlossen, auf die Begehung der Streitäge zu verzichten, weil die ganze Arbeiterschaft verzweifelt wäre, wenn sie aber am Montag, 18. März, die Arbeit aufnehmen mößten, wenn die Gesellschaft für unsere Unterabteilungen im Haushalte sorgen würde, müste dies absehnkt. Damit verhinderte man zumindest im Streit und verhinderten nun die Sabotage der dadurch folgenden Streitkriege.

Dass die Straßenbahner bei ihrem geschwollenen Dienst in den Pauschalverträgen für eine Sicherstellung ihrer Angehörigen eintreten, ist zu verstehen und zu billigen. Die Direktion scheint sich nun mit ihren Angestellten geeinigt zu haben, denn seit gestern wurde der Betrieb zum Teil wieder aufgenommen. Doch die Stützen der "Großen Berliner" auf völlig ruhigen Straßen, wie z. B. durch die Chaussee- und Meissnerstraße, noch nicht in Betrieb gebracht wurden, während die südlichen Bahnen bereits nach dem Kriege auf der Stadt fahren. Solche Sicherstellung ist jedoch gewünscht, wie es geschossen wird, nicht hinzugehen", aus nicht schwer zu erratenden Gründen dient es ebenfalls, wo geschossen wurde oder wo vielleicht geschossen werden könnte. Für diese größte Verkehrsgesellschaft in Berlin kommt der Finanzstandpunkt immer vor dem Verkehrsnotwendigkeiten, und auf Grund dieser Verkehrsnotwendigkeiten droht sie seit Jahren auf ihrer Monopolstellung. Wie lange noch?

Sehr eindringlichen Handel betrieben. Da infolge der vielen Entferungen in den Untersuchungsgefängnissen fast kein Platz mehr ist, wurden die Eriopten nach Feststellung ihrer Persönlichkeiten und Aufnahme eines Protolls wieder auf freien Fuß gesetzt.

Ruhiger Tag.

Angriff auf eine Truppenansammlung.

Berlin, 13. März.
Der Tag verlief in den besetzten Stadtteilen im allgemeinen ruhig. Ein heftiger Feuerüberfall richtete sich gegen eine Truppenansammlung vor einem Stabsquartier. Durch energisches Vorgehen der Regierungstruppen wurde die Ruhe sofort wiederhergestellt.

Die plötzliche Durchsuchung nach Waffen wird fortgesetzt. Die Regierungstruppen werden hierbei von der Bevölkerung unterstützt.

Die Opfer des Aufruhs.

Soweit sich bisher feststellen ließ, sind nahezu 1000 Zivilpersonen bei den Kämpfen verletzt worden. Das städtische Rettungswesen gehörte vom 6. bis zum 13. März 562 Männer, 72 Frauen, 19 Kinder, die Schwestern erhalten hatten, die erste Hilfe auf seinem 17 Rettungsstellen. 56 Personen wurden tot eingeliefert. Im Krankenhaus Friedrichshain sind 318 Personen hilflos, darunter 52 Militärpersonen. In dem Hospital verstarben 158 Personen, darunter 14 Soldaten. Bei 16 Toten konnten die Personalien noch nicht festgestellt werden. Im Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Friedrichshain wurden 85 Personen behandelt, von denen fünf verstorben. Ungefähr wurden gestern 5 Männer eingeliefert, die bis dahin in einem von den Spartakisten in der Holzstraße eingerichteten Lazaret behandelt worden waren. Im Rudolf-August-Krankenhaus liegen 36 Männer und 5 Frauen an Schmerzen. 8 Personen sind gestorben. Die Charité hat während der letzten 10 schweren Fälle behandelt. Im Lazarus-Krankenhaus liegen 80 Personen, von denen 2 Frauen, 3 Männer und 2 Kinder starben. In das städtische Krankenhaus Bickendorf wurden 35 Männer eingeliefert, sowie 30 Tote, die bisher noch nicht erkannt werden können. Das Krankenhaus Westend in Charlottenburg hat 30 Verwundete aufgenommen, von denen 2 verstorben sind.

Wie groß die Zahl der in den Garnisonslazaretten liegenden verwundeten Regierungstruppen ist, ließ sich noch nicht feststellen.

Wortlose Säuberung durch Regierungstruppen.

Die Gedächtnissicherheitsdivision durchsuchte gestern plauderig die von ihr neu besetzten Stadtteile. Die Durchsuchung förderte wieder eine große Anzahl von Waffen zutage.

Bei der Sicherung Lichtenbergs wurden durch die Regimentskav. Bataill. und 166 gestern nachmittag noch 66 Gefangene in das Polizeipräsidium eingeliefert, die sich an den Unruhen beteiligt hatten. Zum Teil wurden sie aus ihren Wohnungen geholt, in denen sie noch Waffen verborgen hielten. Unter den Gefangenen befinden sich 10 Frauen und 9 Männer, die wie festgesetzt werden somit, den Spartakisten bei ihren Kämpfen Patronen zugetragen und die Kurze der Maschinengewehre gefüllt hatten. Eine weitere Anzahl von Personen wurde durch eine Militärpatrouille in dem Gebäude der Motorenfabrik festgenommen. Es sind die Mitglieder der kommunistischen Partei, die von Breslau und anderen Städten Oberhessens hergekommen waren, um mit ihren Berliner Freimaurerlogen Verbindung aufzunehmen und nach dem Verbleib einiger verschwundener Führer zu forschen. Sie wurden ebenfalls nach Moabit gebracht.

Der Dienstbetrieb der Berliner Kriminalpolizei ist in voller Umfang wieder aufgenommen. Handwerker sind überall an der Arbeit, um die zerstörten Dienstämter wieder in Ordnung zu bringen. Die Fernsprechzentrale ist sowohl hergestellt, daß der Telephonverkehr mit den einzelnen Dienststellen in der Stadt und außerhalb aufgenommen werden konnte. Langwieriger gestaltete sich die Wiederherstellung des Telegraphen, der durch die Artillerie vollständig zerstört worden ist.

Das Polizei-Telegraphenbüro meldet: Ein Transportwagen mit freiwilligen Legionären auf dem Wege nach Berlin wurde auf dem Bahnhof Sangerhausen von Zivilisten angegriffen. Der Transportwagen wurde aus dem Zug gerissen und verbrannt. Er lag selbst später auf dem Bahnhof einen Freiwilligen mit knallender Kopfweide liegen. Nach Aussagen des Transportwagens war der ganze Bahnhof von Braunkohlenarbeitern besetzt. Da der Transportwagen seinen Transportauftrag nur einem Eisenbahnbetrieb gezeigt hatte, so liegt der Verdacht nahe, daß die Behörden mit den Spartakisten gemeinsame Sache gemacht haben.

Für die Verteidiger Groß-Berlins.

Der Vorsitzende der "Hinterbliebenen- und Verwundetenhilfe" der Verteidiger Groß-Berlins, Polizeipräsident Eugen Ernst, und das Komitee dieser Hilfe erlassen folgenden Aufruf:

Bei den schweren Kämpfen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Berlin und seinen Vororten haben die pflichttreuen Bürger und Mannschaften furchtbare Opfer an Leben und Gesundheit bringen müssen. Viele von ihnen sind der funflosen Wut der über ihn Möglichen erliegt. Spartakisten erlegen oder schwer verletzt werden. Es ist nur eine billige Forderung, daß die Bevölkerung Berlins und seiner Vororte, die durch die hingebungslose Tapferkeit dieser Verteidiger Groß-Berlins vor furchtbaren Schrecken bewahrt worden ist, nun nach Kräften dazu besteuert, daß die Not der Hinterbliebenen und Verwundeten gemildert werde. Wir fordern daher alle, die die Größe der für sie gebrachten Opfer zu würdigen wissen, auf, so schnell und so ausgiebig wie möglich sich an der von einem Komitee gebildeten "Hinterbliebenen- und Verwundetenhilfe" der Verteidiger Groß-Berlins" zu beteiligen, und wir sind sicher, daß unser Ruf den wahren Widerhall finden wird. Zeichnungen nehmen alle Berliner Banken und ihre Filialen an.

Wenn Sie etwas dabei verdienen wollen — — —! Ein Besuchungsversuch gegenüber einem Beamten der "Wumba" lag einer Anklage zugrunde, die gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt war der Fabrikant Friedrich Scholz, nach dem Gericht von geübten Männern gegen den Vergräbungsverschluß erkannt. Scholz wurde nach seiner Wohnung im Hause Auguststraße 18 gebracht, wo er noch ärztlicher Hilfe bald starb. Die anderen beiden liegen schwer kontusiert nieder. Die vorhandenen Kugeln wurden beschlagnahmt. Alles Anzeichen nach liegt Mordabschluß vor. Der Verteidiger Groß-Berlins' hat darüber nichts gesagt, nicht die Macht habe die Flucht zu erzwingen.

Wenn Sie etwas dabei verdienen wollen — — —!

Ein Besuchungsversuch gegenüber einem Beamten der "Wumba" lag einer Anklage zugrunde, die gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt war der Fabrikant Friedrich Scholz, nach dem Gericht von geübten Männern gegen den Vergräbungsverschluß erkannt. Scholz wurde nach seiner Wohnung im Hause Auguststraße 18 gebracht, wo er noch ärztlicher Hilfe bald starb. Die anderen beiden liegen schwer kontusiert nieder. Die vorhandenen Kugeln wurden beschlagnahmt. Alles Anzeichen nach liegt Mordabschluß vor. Der Verteidiger Groß-Berlins' hat darüber nichts gesagt, nicht die Macht habe die Flucht zu erzwingen.

Wenn Sie etwas dabei verdienen wollen — — —!

Der Verteidiger Groß-Berlins' hat darüber nichts gesagt, nicht die Macht habe die Flucht zu erzwingen.